



## Protokoll

### Anregungen per Mail und Telefon

Stand: 31.08.2023

Hintergrund: Die Stadt Neustadt in Holstein hat für die zukünftige Straßenbaufinanzierung einen partizipativen Entscheidungsprozess durchführen lassen. Ziel war es, die Menschen in Neustadt in Holstein frühzeitig zu informieren und einzubinden, um im Zuge einer umfassenden Beteiligung eine Wahl für die Finanzierung der Straßenausbaubeiträge zu treffen. Hierzu wurden verschiedene Beteiligungsformate angeboten, damit möglichst viele Bürger:innen ihre Meinung zu verschiedenen Belangen im Hinblick auf die Straßenbaufinanzierung einbringen konnten.

Die Bürger:innen konnten u.a. ihre Anregungen, Kritikpunkte und Vorschläge zur Wahl für die Finanzierung der Straßenausbaubeiträge dem Planungsbüro telefonisch, postalisch und per Mail mitteilen.

Per Mail und telefonisch sind folgende Anregungen eingebracht wurden:

- gleichmäßige Beteiligung aller Grundbesitzenden in Neustadt in Holstein
  - egal, wo man in Neustadt in Holstein wohnt bzw. Grundbesitz hat
  - egal, wie frequentiert die Straße ist
  - Finanzierung durch alle Bürger:innen
  
- Erfordernis der Finanzierung (auch durch die Bürger:innen / Eigentümer:innen) ist nachvollziehbar, aber das Ergebnis / die Umsetzung sollte sinnvoll sein (d.h. ganzheitlich und langfristig betrachtet, zu Neustadt in Holstein passend, Verkehrssicherheit gewährleisten, funktional tauglich sowie optisch ansprechend, qualitativ gut und auch langfristig haltbar) → wenn man bezahlt, dann sollte auch das Ergebnis gut sein
- Aufgestelltes Fahrradkonzept ist zu stereotyp, nicht spezifisch auf Neustadt zugeschnitten
- Fraglich, wenn Eigentümer:innen von Eckgrundstücken für 2 Straßenzüge zahlen sollen
  
- Vernachlässigung der Unterhaltungspflichten seitens der Kommune für Straßen und Wege bis zum Eintritt mangelnder Sanierungswürdigkeit
  - massive Kosten für die Bürger:innen, auch nur für kleine Neugestaltung
- Umwidmungen der Zweckbestimmung von Straßen mancherorts, um erneut „abzukassieren“
- mangelnde Qualitätssicherung nach Sanierungen:
  - in einigen Fällen schon nach einigen Jahren Anschlussanierungen absehbar - und zuständige Behörden und Bauleiter eher unsichtbar!
- „Pseudo-Bürgerbeteiligung“ => eher Politikverdruss
  - Politik und Verwaltung nutzen die ihnen zufließenden Mittel (v.a. KfZ- und Sprit-Steuern) nicht sachgemäß => Zerfall der Infrastruktur und schleppende Behebung
  
- Anregungen und Kritik zum Fragebogen:
  - „entsetzt“, schlecht gemacht, kommt nicht den Bürgern zugute
  - man kann keine Meinung kundtun, wenn man generell dagegen ist
- Abschaffen der Straßenausbaubeiträge
- fehlende Solidarität und Zusammenhalt der Bürger:innen untereinander, um sich gegen die Straßenausbaubeiträge zu wehren (um sie abzuschaffen)

- Die Stadt soll anderweitig Rücklagen bilden, um die Straßenbaumaßnahmen zu finanzieren.
- Andere Leute in die Verwaltung, um neue Impulse zu setzen („um was zu wuppen“).